

Thomas Url

## Privatversicherungswirtschaft entwickelt sich trotz turbulenter Rahmenbedingungen stetig

**Die Entwicklung der österreichischen Versicherungswirtschaft wuch 2010 merklich von jener der Branche in Westeuropa ab. Während in Österreich die Schaden-Unfallversicherung einen Aufschwung verzeichnete, war sie in Westeuropa mit schwacher Nachfrage und heftigem Preiswettbewerb konfrontiert. Andererseits meldete die Lebensversicherung in Westeuropa einen deutlichen Aufschwung, in Österreich hingegen wurden vergleichsweise geringe Zuwächse erzielt. Steigende Erträge aus der Kapitalveranlagung und die unterdurchschnittliche Entwicklung der Schadenzahlungen verbesserten die Ertragslage substantiell.**

Begutachtung: Christine Mayrhuber • Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauninger • E-Mail-Adressen: [Thomas.Url@wifo.ac.at](mailto:Thomas.Url@wifo.ac.at), [Ursula.Glauninger@wifo.ac.at](mailto:Ursula.Glauninger@wifo.ac.at)

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft entwickelt sich trotz der nachhaltigen Störung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Finanzmarktkrise stetig. Im Rezessionsjahr 2009 sanken die Prämieinnahmen schwächer als das nominelle BIP, und im nachfolgenden Aufschwung 2010 blieb das Prämienwachstum unter der Zuwachsrate des nominellen BIP. Dementsprechend lag die Versicherungsdurchdringung 2010 wieder geringfügig unter dem Vorjahreswert (Übersicht 1). Während die Schaden-Unfallversicherung unerwartet dynamisch war, reagierte die Entwicklung der Lebensversicherung auf das Niedrigzinsumfeld, die hohe Unsicherheit auf den Finanzmärkten und den Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte. Die abweichende Entwicklung der zwei größten Versicherungssparten spiegelt sich auch in der 2010 anhaltenden Steigerung des Anteils der Schaden-Unfallversicherung an den Gesamteinnahmen der Privatversicherungswirtschaft.

Der Binnenmarkt ermöglicht es ausländischen Versicherungsunternehmen, im Inland ohne wesentliche Beaufsichtigung durch die österreichische Finanzmarktaufsicht tätig zu werden. Diese Versicherer unterstehen der Aufsicht der Behörde in ihrem Stammsitzland und können über zwei Wege in Österreich Versicherungen anbieten: im Rahmen einer Zweigniederlassung und im direkten Dienstleistungsverkehr. 2010 waren 27 ausländische Versicherungsunternehmen über eine Zweigniederlassung in Österreich tätig (2009: 23). Die Zahl der gemeldeten Versicherer im direkten Dienstleistungsverkehr stieg 2010 auf 845 (2009: 804). Das Prämienvolumen dieser EWR-Versicherer wird erst mit einer zeitlichen Verzögerung von einem Jahr veröffentlicht, weil dazu die Rückmeldung der Prämieinnahmen von den ausländischen Aufsichtsbehörden an die österreichische Finanzmarktaufsicht notwendig ist. Im Jahr 2009 nahmen EWR-Versicherer über Zweigniederlassungen in Österreich 302 Mio. € (-1,9%) ein, während das Prämienvolumen im direkten Dienstleistungsverkehr 572 Mio. € (+74,9%) betrug. Nach dem Einbruch des Jahres 2009 erreichte das Prämienvolumen im direkten Dienstleistungsverkehr wieder nahezu das Niveau vor der Krise. Insgesamt betrug der Marktanteil von EWR-Versicherern damit 4,6% (2009).

Die österreichischen Versicherungsunternehmen bauten in den letzten Jahren konsequent ihr Auslandsgeschäft aus. Im Zentrum der Aktivitäten standen dabei die neuen EU-Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (Abbildung 1). In diesen Ländern nahmen österreichische Versicherer insgesamt 5,3 Mrd. € (2009) ein. In den südosteuropäischen Ländern außerhalb der EU betrug das Prämienvolumen 509 Mio. €

*Der Marktanteil von EWR-Versicherern liegt in Österreich knapp unter 5%.*

Bereits mehr als ein Drittel der Prämieinnahmen heimischer Versicherer stammen aus Auslandsaktivitäten. Die Marktanteile österreichischer Versicherungsunternehmen auf den Auslandsmärkten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa schwankten 2010 zwischen 4% und 57%.

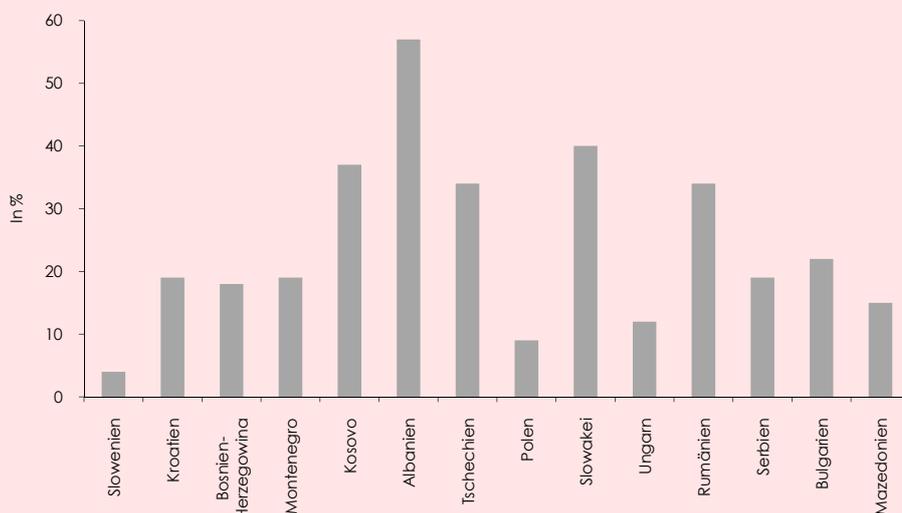
(2009). Zusätzlich wurden in Westeuropa 1,5 Mrd. € eingenommen. Damit stammten bereits 36% der gesamten Prämieinnahmen österreichischer Versicherer aus dem Ausland. Den höchsten Marktanteil hatten österreichische Unternehmen in Albanien (57%), der Slowakei (40%) und im Kosovo (37%), den niedrigsten in Slowenien (4%), Polen (9%) und Ungarn (12%; Wührer, 2011).

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten Mio. €	Lebens- versicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Kranken- versicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Schaden- und Unfallversicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Versicherungs- durchdringung <sup>1)</sup> In % des BIP
2006	17.489	40,9	8,3	50,8	6,00
2007	17.865	40,3	8,3	51,3	5,77
2008	18.107	40,6	8,5	50,8	5,69
2009	18.108	40,9	8,8	50,3	5,96
2010	18.713	40,0	8,8	51,2	5,85

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – 1) Auf Basis verrechneter direkter inländischer Prämien.

Abbildung 1: Kollektive Marktanteile österreichischer Tochterunternehmen von Versicherungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa 2010



Q: Versicherungsrundschau.

Die Branche erwartet 2011 eine leichte Abschwächung der Prämiedynamik. Jüngste Umfragen des WIFO zeichnen sogar ein noch pessimistischeres Bild.

Für das Jahr 2011 erwartet der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs (VVO) in seiner aktuellen Vorausschau ein leichtes Nachlassen der Dynamik, die Prämieinnahmen sollen um 1,7% zunehmen. Diese Erwartungen beruhen darauf, dass sich alle drei Versicherungsabteilungen etwas unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre entwickeln (Lebensversicherung +1,1%, Krankenversicherung +2,8%, Schaden-Unfallversicherung +2%). Die Teilnehmer der WIFO-Herbstumfrage schätzen derzeit das Jahr 2011 pessimistischer ein. Vor allem in der Lebensversicherung könnten sich die Staatsschuldenkrise und das weiterhin niedrige Zinsniveau negativ auf die Prämieinnahmen auswirken. Mit einem erwarteten Rückgang um 1,2% gegenüber dem Vorjahr könnte das Prämienvolumen daher 2011 erstmals seit 1997 schrumpfen.

Die Versicherungswirtschaft verzeichnete 2010 in Westeuropa in der Schaden-Unfallversicherung ein schwaches Jahr; die Lebensversicherung erwies sich hingegen als robust.

Im Jahr 2010 unterschied sich die Dynamik des österreichischen Versicherungsmarktes deutlich von jenem in Westeuropa: Die Lebensversicherung entwickelte sich in Österreich unterdurchschnittlich, während der Nicht-Lebensbereich wesentlich besser abschnitt (Swiss Re, 2011). Für diesen internationalen Vergleich werden alle nationalen Meldungen um die Verbraucherpreissteigerung im jeweiligen Land bereinigt und in eine einheitliche Währung (Dollar) umgerechnet. Dadurch werden rein inflationsbedingte Prämienanpassungen korrigiert und eine einheitliche Vergleichsgrund-

lage geschaffen, die jedoch Wechselkursschwankungen enthält. Westeuropa verzeichnete im Lebensversicherungsgeschäft reale Prämienzuwächse von 2,8%, Österreich hingegen einen realen Rückgang um 0,8%. In Österreich durchlief die Sparte damit abgeschwächt eine ähnliche Entwicklung wie in den Niederlanden (-13,1%), in Spanien (-8,6%) und Großbritannien (-3,3%). Überdurchschnittlich kräftig erhöhten sich die Prämieinnahmen der Lebensversicherungen mit +22,6% in Luxemburg, wo die Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Versicherungsabsatz günstig sind. Im westeuropäischen Nicht-Lebensbereich stiegen die Versicherungsprämien real um 0,6%, in Österreich hingegen um 2,4%.

In Mittel-, Ost- und Südosteuropa normalisierte sich die Marktlage 2010 wieder, nachdem die Lebensversicherung im Jahr 2009 eingebrochen war (-19,2%). Auf den Märkten mit den größten Einbußen in den Vorjahren ergab sich 2010 der rascheste Aufschwung. Das Prämienvolumen nahm real um 5,7% zu, erreichte aber noch nicht das Niveau vor der Finanzmarktkrise. In der Nicht-Lebensversicherung setzte sich der Abschwung sogar fort (-2,1%), und zwar auf breiter Basis im gesamten Wirtschaftsraum. Nur in Polen als einzigem großen Versicherungsmarkt ergab sich ein positiver Trend (+3,4%).

Die neue EU-Aufsichtsbehörde für die Versicherungswirtschaft nahm mit 1. Jänner 2011 ihre Tätigkeit auf: Die Europäische Versicherungsaufsichtsbehörde (EIOPA) hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ersetzt den Ausschuss der Europäischen Versicherungsaufsichtsbehörden (CEIOPS). Neben den Aufgaben von CEIOPS erhielt EIOPA zusätzliche Kompetenzen in der Festlegung verbindlicher technischer Standards im Rahmen des Solvency-II-Regelwertes für die Offenlegungs- und Meldepflichten, den Informationsaustausch im Rahmen der Gruppenaufsicht sowie für die Berechnung versicherungstechnischer Reserven. EIOPA vermittelt bei Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen Aufsichtsbehörden, besonders wenn die nationalen Aufsichtsbehörden überregional tätiger Versicherungskonzerne eine abweichende Einschätzung über die Solvenz der Gruppe haben. Vor bzw. während der Finanzmarktkrise war der Informationsaustausch zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden unzureichend. Darüber hinaus wurden – trotz der europäischen Dimension der Problemlage – weitgehend nationale Lösungen umgesetzt. Die Einrichtung von EIOPA soll bewirken, dass die EU-Länder im Bereich der Versicherungsaufsicht gemeinsam agieren; die Agentur hat daher auch Sitz und Stimme in den Supervisory Colleges.

Die Supervisory Colleges unterstützen die Beaufsichtigung großer grenzüberschreitend tätiger Finanzgruppen. Für jedes dieser Unternehmen gibt es jeweils ein College. Den Vorsitz im College führt immer die Aufsichtsbehörde des Stammsitzlandes eines überregional tätigen Versicherers. Alle Aufsichtsbehörden jener Länder, in denen der Versicherer aktiv ist, entsenden einen Vertreter in das College.

EIOPA kann durch eine bindende Vermittlung zwischen nationalen Aufsichtsbehörden in einem College Entscheidungen in umstrittenen Fällen durchsetzen. Falls eine nationale Aufsichtsbehörde das bestehende EU-Recht nicht vollzieht, kann EIOPA auch direkte Entscheidungen über eine Versicherungsgruppe treffen. Zu diesem Zweck können in Ausnahmefällen auch direkt von den Versicherungsgruppen Informationen angefordert werden.

In der zweiten Jahreshälfte 2010 wurde die jüngste Studie über die quantitativen Auswirkungen der Umsetzung von Solvency II auf die Versicherungsunternehmen in Europa durchgeführt (QIS 5). Die Hauptziele der risikobasierten Berechnung des Eigenkapitalerfordernisses von Versicherungsunternehmen sind vor allem der Schutz der Versicherungsnehmer bzw. der Begünstigten, die Aufsichtskonvergenz und die stärkere Übereinstimmung von aufsichtsrechtlichen Berechnungsarten mit den von Versicherungsunternehmen eingesetzten betriebswirtschaftlichen Methoden (van Hulle, 2011). Für QIS 5 wurden EU-weit gleiche Parameter zur Berechnung des Solvenzkapitals festgelegt. QIS 5 soll sowohl die Unternehmen als auch die Aufsichtsbehörden auf den praktischen Umgang mit Solvency II vorbereiten. In Österreich beteiligten sich 47 Einzelunternehmen und 4 Versicherungsgruppen daran, die nahezu 100% des Prämienvolumens in Österreich repräsentierten (FMA, 2011). Im Rahmen des risikobasierten Ansatzes unterliegen auch die versicherungstechnischen Rückstellungen einer marktkonsistenten Bewertung (mark to market). Dieser Ansatz

*Die Versicherungsmärkte in Mittel-, Ost- und Südosteuropa normalisierten sich 2010.*

*Als erste spürbare Folge der Finanzmarktkrise auf Ebene der Marktregulierung nahm die Europäische Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA mit Jahresbeginn 2011 ihre Tätigkeit auf.*

*Nahezu alle österreichischen Versicherungsunternehmen und Gruppen beteiligten sich an der jüngsten QIS-5-Studie über die quantitativen Auswirkungen von Solvency II.*

weicht von der bisher üblichen Anwendung des Vorsichtsprinzips nach UGB stark ab. Insgesamt werden die versicherungstechnischen Rückstellungen niedriger ausfallen als bisher, während der Eigenkapitalbedarf zunehmen wird. Gleichzeitig steigt der Wert der Kapitalanlagen durch die marktkonsistente Bewertung, sodass der zusätzliche Eigenkapitalbedarf geringer ausfällt. Die Freisetzung von ineffizient eingesetztem Kapital ist auch eines der Ziele von Solvency II (van Hulle, 2011). Dieses Ziel sollte angesichts der aktuellen Finanzmarktkrise überdacht werden. Ausreichende Kapitalpuffer in Form entsprechend hoch dotierter versicherungstechnischer Rückstellungen haben sowohl in Deutschland als auch in Österreich Insolvenzen in der Versicherungswirtschaft erfolgreich verhindert.

Gemäß der QIS-5-Studie ergibt sich der Großteil des erforderlichen Solvenzkapitals von Komposit- und Lebensversicherern aus Marktrisiken; reine Schadenversicherer benötigen wegen versicherungstechnischer Risiken ein höheres Solvenzkapital.

Gemäß QIS 5 sollen die Rückstellungen von etwa einem Zehntel der teilnehmenden Lebensversicherer höher sein als bisher. In der Lebensversicherung entsteht die Abweichung vor allem durch die unter QIS 5 notwendige Berücksichtigung der künftigen Überschussbeteiligung in der Berechnung der Rückstellung. Bisher blieb die künftige Überschussbeteiligung entsprechend den Vorgaben des UGB in der Ermittlung der Rückstellungen unbeachtet. Für die Berechnung des Basis-Solvvenzkapitalerfordernisses von Komposit- und Lebensversicherern verursachen laut QIS 5 Marktrisiken die größten Kapitalerfordernisse. Im Gegensatz dazu resultiert für reine Schadenversicherer das notwendige Solvenzkapital vorwiegend aufgrund versicherungstechnischer Risiken. QIS 5 zeigte deutlich die Vorteile von Kompositversicherern aus der Berücksichtigung der Korrelation zwischen den drei Bilanzabteilungen: Ihr erforderliches Solvenzkapital ist etwa um 20% niedriger als das gleichartiger reiner Spartenversicherer. Die Eigenmittel werden zwar unter Solvency II wesentlich höher sein als unter Solvency I, es steigt aber auch das Solvenzkapitalerfordernis. Die FMA stellte fest, dass das Solvenzkapitalerfordernis in fast allen Fällen in ausreichendem Ausmaß durch Eigenkapital bedeckt war (FMA, 2011).

### Überproportionaler Inflationsbeitrag von Versicherungsprodukten

Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich 2010 um 1,9%, wobei sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf beschleunigte. Ursache war vor allem das Anziehen der Preise von Mineralölprodukten, doch auch die Privatversicherungen verteuerten sich 2010 überdurchschnittlich (Scheiblecker et al., 2011). Da mit der Umstellung des Verbraucherpreisindex auf den Warenkorb des Jahres 2010 das Gewicht von Versicherungsprodukten von 4,5% auf 4,7% stieg, werden Preisänderungen dieser Produkte den Gesamtindex künftig stärker beeinflussen (Übersicht 2). Am deutlichsten verteuerten sich unter den Versicherungsprodukten die Teilkaskoversicherungen, ihre Preisdynamik war bereits 2009 überdurchschnittlich und beschleunigte sich 2010 nochmals. Die Preiserhöhungen von privaten Krankenzusatzversicherungen fielen 2010 etwas schwächer aus als im Vorjahr. Stabilisierend wirkte 2010 nur die Kfz-Rechtsschutzversicherung, die unter den im Verbraucherpreisindex erfassten Versicherungsprodukten das kleinste Gewicht hat.

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex 2005

	Gewicht		2006	2007	2008	2009	2010	2011 <sup>1)</sup>
	Bis 2010	Ab 2011						
	In %		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tarifprämien								
Hausratsversicherung	0,299	0,305	+ 2,2	+ 1,1	+ 3,6	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,9
Bündelversicherung für Eigenheim	0,665	0,713	+ 1,0	+ 4,5	+ 4,2	+ 5,6	+ 1,6	+ 3,5
Krankenzusatzversicherung	1,831	1,891	+ 3,2	+ 3,1	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,001	0,904	- 2,4	- 0,6	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,3
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,087	0,282	+ 1,8	+ 0,1	+ 2,0	- 1,2	± 0,0	+ 1,3
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,584	0,564	- 9,8	+ 2,1	- 5,4	+ 3,3	+ 5,6	+ 3,3
Privatversicherungsformen insgesamt	4,466	4,660	- 0,2	+ 2,1	+ 1,4	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,5
Verbraucherpreisindex insgesamt			+ 1,5	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,2
Beitrag der Privatversicherungsformen			Prozentpunkte	- 0,01	+ 0,10	+ 0,06	+ 0,14	+ 0,12

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Jänner bis August.

Die Preiserhöhungen des Jahres 2010 können nicht mit der Entwicklung der Schadenquoten in der Schaden-Unfallversicherung erklärt werden. Die Schadenquote ist das Verhältnis von Leistungen zu Prämien und kann als ein Indikator für das versicherungstechnische Ergebnis eines Produktes herangezogen werden. In der Schaden-Unfallversicherung sank die Schadenquote von 75% (2009) auf 66% (2010), sodass sich das versicherungstechnische Ergebnis insgesamt verbesserte. In der Kfz-Versicherung lag die Schadenquote sowohl über dem Wert des Jahres 2009 als auch über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Im Gegensatz dazu verzeichnete die Rechtsschutzversicherung 2010 eine signifikant überdurchschnittliche Schadenquote.

International sanken laut Swiss Re (2011) im Jahr 2010 die Prämienätze in der Nicht-Lebensversicherung; ein ähnliches Bild ergibt sich trotz der im Verbraucherpreisindex gemessenen Preiserhöhungen auch für Österreich. Durch Rabatte, Selbstbehalte, Prämienrückerstattungen, Änderungen der Versicherungssumme und Bewegungen zwischen den Bonusstufen der Kfz-Versicherung kann die tatsächlich gezahlte Prämie stark vom Normvertrag abweichen, der zur Messung des Verbraucherpreisindex herangezogen wird. Die durchschnittliche Prämie je versichertes Risiko berücksichtigt alle diese Vergünstigungen und ist daher ein verlässlicherer Indikator für die Preisentwicklung von Versicherungsprodukten. In der gesamten Schadenversicherung nahm die Durchschnittsprämie 2010 gegenüber dem Vorjahr um nur 0,2% zu, die durchschnittliche Prämie für eine Kfz-Haftpflichtversicherung sank um 3,5%; in der Kfz-Versicherung insgesamt ergab sich ein Rückgang um 3,5%. Insgesamt verursachten Versicherungsprodukte also keine Schwämmerung der Kaufkraft privater Haushalte.

Erste Schätzungen zeigen eine deutliche Senkung der Sparquote österreichischer Privathaushalte von 11,1% (2009) auf 9,1% (2010) des verfügbaren Einkommens. Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus war der Aufbau von Finanzvermögen durch die österreichischen Privathaushalte mit insgesamt 12 Mrd. € entsprechend geringer als im Vorjahr und konzentrierte sich auf indirekte Veranlagungen in Form von Investmentfonds, Lebensversicherungen und Pensionskassen (Abbildung 2). Innerhalb der Direktveranlagung schichteten die Privathaushalte ihr Portfolio zu liquiden Sichteinlagen und festverzinslichen Wertpapieren um. Der Wert börsennotierter Aktien im Privatbesitz nahm 2010 deutlich zu, weil kräftige Kurssteigerungen an den wichtigsten Börsen den Bestandwert erhöhten und weil die privaten Haushalte zum Jahresende die Übergangsfrist vor der Besteuerung von Kursgewinnen zum Neuwwerb börsennotierter Aktien nutzten. In diesem Umfeld blieb trotz des leicht expansiven Absatzes von Lebensversicherungsprodukten (Übersicht 3) der Anteil der Forderungen an den Lebensversicherungen am gesamten Geldvermögen gleich (14,7%).

*Niedrige Schadenquoten in der Sachversicherung bildeten 2010 eine Grundlage für stabile Preise.*

*International vermerkt Swiss Re in der Nicht-Lebensversicherung rückläufige Prämienätze. In Österreich sanken die durchschnittlichen Prämien 2010 ebenfalls.*

## Lebensversicherung trotz hoher Unsicherheit und niedriger Zinssätze dynamisch

Übersicht 3: Lebensversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Nettoprämien <sup>1)</sup>	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwen- dungen für Versicherungs- fälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €		In %		Mio. €	
2006	7.157	6.844	95,6	2.604	4.011	4.336
2007	7.204	6.907	95,9	2.425	4.992	3.043
2008	7.359	7.076	96,1	1.641	5.473	814
2009	7.398	7.188	97,2	1.883	5.799	3.256
2010	7.483	7.268	97,1	2.208	5.854	3.221
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
2006	+ 0,9	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 15,3	- 17,8
2007	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	- 6,9	+ 24,5	- 29,8
2008	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,3	- 32,3	+ 9,6	- 73,2
2009	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 14,7	+ 5,9	+ 299,9
2010	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	+ 17,3	+ 1,0	- 1,1

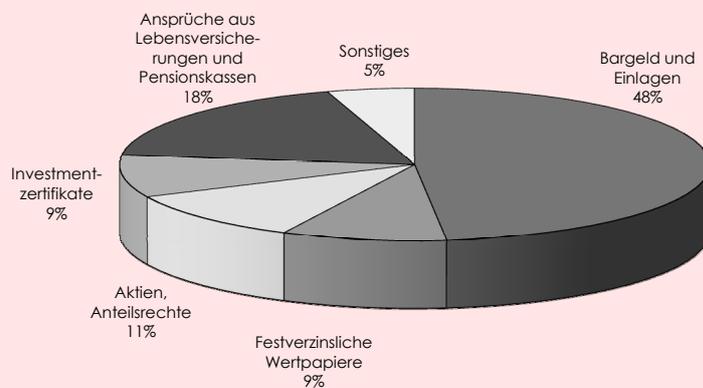
Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – <sup>1)</sup> Geschätzt.

Verträge mit laufender Prämienzahlung dominieren in der Lebensversicherung. Die betriebliche Altersvorsorge erlitt trotz steigender Löhne und Gehälter einen Rückschlag.

Etwa drei Viertel der Prämien wurden in Lebensversicherungsverträge mit laufenden Prämien eingezahlt, ein Viertel bestand aus Einmalerlägen. Wie schon 2009 entwickelten sich die Einmalerläge überdurchschnittlich dynamisch (+2,5%). Insgesamt wurden 2010 um 4,4% mehr Neuverträge abgeschlossen; sie konzentrierten sich auf die Kapitalversicherung und auf fondsgebundene Lebensversicherungen. Die Kreditrestschuldversicherung war nach wie vor durch die Schwäche der Kreditnachfrage der privaten Haushalte beeinträchtigt. Die Neuverschuldung betrug 2010 insgesamt 1,3 Mrd. €, wobei die Privathaushalte ihre Konsumkredite netto tilgten und auch in der Aufnahme von Wohnbaukrediten zurückhaltend waren. Trotz rückläufiger Neuverträge in der Kreditrestschuldversicherung (-2%) steigerten die Versicherer deren Versicherungssumme (+2,5%). Die betriebliche Altersvorsorge litt unter den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Trotz einer Zunahme der Arbeitnehmerentgelte um 2,4% blieb das Prämienvolumen um knapp 12% unter dem Wert des Jahres 2009.

Abbildung 2: Verteilung des privaten Geldvermögens

IV. Quartal 2010



Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 460,8 Mrd. €.

Die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge trug auch 2010 das Wachstum in der Lebensversicherung.

Die hohe Dynamik der fondsgebundenen Lebensversicherung war zum Großteil auf das gute Geschäft mit der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge zurückzuführen. Sie war mit einem Prämienzuwachs um 10,4% auf 983 Mio. € auch 2010 ein Wachstumsmotor für die Lebensversicherung. Damit entfiel 2010 nahezu das gesamte Neugeschäft in der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge auf die Lebensversicherungen, während der Marktanteil der Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds) an diesem Geschäftsfeld auf 8,3% sank. Die durchschnittliche Prämie je Vertrag stieg in der Lebensversicherung auf 691 €. Mit dem Rückgang der Zinssätze für österreichische Staatsanleihen ging automatisch eine Senkung des Förderungssatzes für das Jahr 2011 auf 8,5% einher; der geförderte Höchstbetrag für die eingezahlte Prämie beträgt 2.313 €. Im Jahr 2012 wird der Fördersatz auf dem gesetzlichen Mindestwert von 8,5% verbleiben; der geförderte Höchstbetrag wird vermutlich auf 2.375 € angehoben.

In der Lebensversicherung wurde das Finanzergebnis neuerlich gesteigert. Die Finanzmarktaufsicht senkte den garantierten Höchstzinssatz für Lebensversicherungen.

Die günstige Entwicklung auf den Finanzmärkten ermöglichte eine weitere Steigerung des Finanzergebnisses (Übersicht 3). Trotz des hohen Anteils festverzinslicher Wertpapiere im Portfolio österreichischer Versicherer machte sich die Staatsschuldenkrise im Veranlagungsergebnis kaum bemerkbar. Der Unterschied zwischen den jeweiligen Zinssätzen für griechische, irische, portugiesische, spanische und italienische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren und jenen deutscher Staatsanleihen vergrößerte sich 2010 weiter und lag zum Jahresende zwischen 1,6 (Italien) und 9 Prozentpunkten (Griechenland). Für österreichische Staatsanleihen verringerte sich hingegen 2010 der Zinsabstand zu deutschen Bundesanleihen

(Scheiblecker et al., 2011). Die Unempfindlichkeit der Finanzgebarung gegenüber den Kursschwankungen auf dem Kapitalmarkt beruht auf der Investitionsstrategie der Versicherer, die festverzinsliche Wertpapiere üblicherweise bis zur Endfälligkeit halten und denen Zuschreibungen über die Anschaffungskosten hinaus untersagt sind. Das Finanzergebnis erreichte mit 2,2 Mrd. € noch nicht die Höchstwerte der Jahre 2005 und 2006. Mit 1. April 2011 senkte die österreichische Finanzmarktaufsicht den höchstmöglichen Zinssatz zur Berechnung von Tarifen und versicherungstechnischen Rückstellungen in Lebensversicherungsverträgen von 2,25% auf 2%. Sie reagierte damit auf den Rückgang der Zinssätze für festverzinsliche Wertpapiere und schränkte so die Gestaltungsmöglichkeiten in der klassischen Lebensversicherung ein.

Die Auszahlungen der Lebensversicherung nahmen im Gleichklang mit den Prämieinnahmen geringfügig zu. Im Gegensatz dazu wurde die Zuführung zu den versicherungstechnischen Rückstellungen leicht abgebaut. Damit bewegte sich die Rückstellungsdotierung relativ zu den Einnahmen und Auszahlungen nach wie vor etwas über dem langjährigen Durchschnitt. Trotzdem wurde das EGT auf 296 Mio. € nahezu verdoppelt und eine Eigenkapitalrendite von 9,1% erzielt.

Die Auffüllung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach den Krisenjahren setzte sich 2010 fort.

Die private Krankenzusatzversicherung zeichnete sich schon in der Vergangenheit durch ein besonders ruhiges und stetiges Wachstum aus. Das Jahr 2010 bildete hier keine Ausnahme, obwohl die Zunahme der Prämieinnahmen unterdurchschnittlich ausfiel (Übersicht 4). Diese Entwicklung war sowohl durch eine Ausweitung der Vertragszahlen als auch durch Preissteigerungen geprägt. Seit einigen Jahren steigt die Zahl der versicherten Risiken in der Krankenzusatzversicherung wieder; 2010 hielt dieser Trend mit einem Zuwachs um 0,6% an. Sowohl die Einzel- als auch die Gruppenversicherung profitierten davon. Da die Vertragszahlen wesentlich schwächer stiegen als die Prämieinnahmen, erhöhte sich die durchschnittliche Prämie auf 576 € (+2,3%).

## 2010 weiterer Ausbau des Versichertenkollektivs in der Krankenversicherung

Übersicht 4: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungs- fälle <sup>1)</sup>	Schadenquote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %	Mio. €	Mio. €
2006	1.444	1.094	75,7	150	238
2007	1.490	1.118	75,0	115	253
2008	1.542	1.133	73,5	94	218
2009	1.599	1.166	73,0	123	259
2010	1.644	1.178	71,7	163	277
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2006	+ 2,8	+ 0,9	- 1,9	+ 3,5	+ 11,8
2007	+ 3,2	+ 2,2	- 0,9	- 23,5	+ 6,5
2008	+ 3,5	+ 1,4	- 2,0	- 18,4	- 14,0
2009	+ 3,7	+ 2,9	- 0,7	+ 31,7	+ 19,0
2010	+ 2,8	+ 1,0	- 1,8	+ 32,2	+ 6,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – <sup>1)</sup> Einschließlich Prämienrückerstattung.

In der privaten Krankenzusatzversicherung wird gemäß einer Kritik des Vereins für Konsumenteninformation das gesetzliche Gebot zur Gleichbehandlung von gesetzlich Krankenversicherten gegenüber Privatversicherten in den österreichischen Spitälern nur mangelhaft umgesetzt (Der Konsument, 9/2011). Der Bericht des Vereins für Konsumenteninformation fasst die Erfahrungen einer Testperson zusammen, die Auskunft über mögliche Operationstermine einholte. Eine private Krankenzusatzversicherung berechtigt zu höheren Standards des Spitalszimmers und des Speiseplans. Privatversicherte haben auch das Recht, den behandelnden Arzt zu wählen. In Bezug auf die medizinische Leistung darf jedoch nicht differenziert werden. Der Testbericht des Vereins für Konsumenteninformation führt für einige Spitäler vorteilhafte Terminvereinbarungen für Zusatzversicherte an. Diese Untersuchung steht im Zusammen-

Eine Analyse des Vereins für Konsumenteninformation ortete ungerechtfertigte Vorteile für Privatversicherte in der medizinischen Behandlung.

In der Krankenversicherung stieg das EGT 2010 auf 117 Mio. €.

## Günstiger Schadenverlauf in der Schaden-Unfallversicherung

In den einzelnen Versicherungszweigen divergierte der Schadenverlauf. Während die Transportversicherung zusätzliche Versicherungsfälle zu decken hatte, senkte das Ausbleiben gravierender Naturereignisse in der Haushalts- und Sturmschadenversicherung die Schadenquote.

Versicherer dürfen künftig das Geschlecht der Versicherten nicht mehr als Berechnungsgrundlage für die Höhe der Versicherungsprämie heranziehen. In einigen Versicherungszweigen könnte sich daraus eine Negativselektion ergeben.

hang mit einer geplanten Novelle des Kranken- und Kuranstaltengesetzes, in der die Spitäler zur Führung von transparenten Wartelisten für Operationstermine verpflichtet werden sollen.

Das Wachstum der Aufwendungen für Versicherungsfälle blieb in der Krankenversicherung deutlich hinter dem der Prämieinnahmen zurück und ermöglichte so abermals einen Rückgang der Schadenquote. Ähnlich wie in den zwei anderen Versicherungssparten verbesserten sich die Finanzerträge auch in der Krankenversicherung erheblich. Die versicherungstechnischen Reserven wurden nur leicht angehoben, sodass das versicherungstechnische Ergebnis um mehr als 40% höher ausfiel. Zusammen mit der unterdurchschnittlichen Übertragung von Kapitalerträgen in die versicherungstechnische Rechnung bildete diese Bilanzpolitik die Grundlage für ein überdurchschnittliches EGT (117 Mio. €) und eine Anhebung der Eigenkapitalrendite um deutlich mehr als ein Drittel.

Die Sachversicherung verzeichnete auch 2010 eine Ausweitung der versicherten Risiken (+3,3%), während in der Unfallversicherung um 1,9% weniger Risiken in Deckung genommen wurden. Gleichzeitig nahmen die Schaden- und Leistungsfälle in der Sachversicherung ab (-5,5%) und blieben in der Unfallversicherung annähernd konstant (+0,7%). Diese Entwicklung ermöglichte eine Verbesserung des versicherungstechnischen Ergebnisses in der Schaden-Unfallversicherung. Als besonders dynamisch erwies sich der Absatz von Betriebsunterbrechungsversicherungen (Feuer +51%, Maschinen +25%), und auch in der Luftfahrtversicherung wurde der Abwärtstrend der letzten Jahre gebrochen (+26%). Die Kreditversicherungen litten 2010 nach wie vor unter den Folgen der Finanzmarktkrise (versicherte Risiken -5%) und dem damit verbundenen Rückgang der Kreditnachfrage. Nach dem Konjunkturt Wendepunkt um die Jahreswende 2009/10 sollte sich der Absatz jedoch im Jahresverlauf merklich verbessert haben.

Im Spätsommer 2011 lief die Übergangsfrist für den Abschluss einer verpflichtenden allgemeinen Haftpflichtversicherung für niedergelassene Ärzte, Gruppenpraxen und private Krankenanstalten aus. Etwa 20.000 zusätzliche Risiken werden von dieser neuen Vorschrift erwartet.

Insgesamt stieg die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle 2010 nur schwach. Während die Transportversicherung um 14% mehr Fälle verzeichnete, war in der Haushalts- (-13%) und der Sturmschadenversicherung (-49%) eine beträchtliche Abnahme zu beobachten, weil flächendeckende Naturereignisse mit entsprechend großer Zahl an Schadensfällen ausblieben. Die Kriminalstatistik des Bundesministeriums für Inneres meldet für 2010 einen Rückgang der Kfz-Diebstähle um 51%, die Zahl der Einbrüche in Einfamilienhäuser war um 39%, jene in Wohnungen um 18% niedriger als im Vorjahr. Diese Entwicklung spiegelt der Schadenverlauf in der Einbruch-Diebstahlversicherung wider (-19%).

Der Europäische Gerichtshof entschied am 1. März 2011, dass die Berücksichtigung des Geschlechts von Versicherten als Risikofaktor in der Prämienkalkulation eine Diskriminierung entsprechend der Antidiskriminierungsrichtlinie aus dem Jahr 2004 (Richtlinie 2004/113/EG) ist. Aufgrund dieser Einschätzung darf – mit einer Übergangsfrist bis 21. Dezember 2012 – das Geschlecht in der Prämienkalkulation nicht mehr als Merkmal herangezogen werden. Nachdem vor kurzem die Berücksichtigung von Geburten in der Berechnung der Prämienhöhe für Krankenversicherungen von Frauen untersagt wurde, wird damit die geschlechtsneutrale Prämienfestsetzung auf alle anderen Versicherungen ausgeweitet. In der Schaden-Unfallversicherung betrifft dieser Entscheid jede Form von "Lady-Bonus" für das nachweislich vorsichtiger Verhalten von Frauen. In der Kranken- und Lebensversicherung darf die durchschnittliche längere Lebenserwartung von Frauen nicht mehr als Begründung für höhere Prämien oder niedrigere Rentenleistungen herangezogen werden. In einigen Versicherungstypen könnte dieser Wegfall der Möglichkeit zur Preisdiskriminierung zum Zusammenbruch der Risikogemeinschaften führen, weil durch Negativselektion

(adverse selection) die Prämienhöhe unattraktiv wird und Versicherte mit niedrigem Risiko austreten (Rothschild – Stiglitz, 1976).

Nach dem Rückgang der Prämien im Jahr 2009 steigerte die österreichische Versicherungswirtschaft 2010 die Einnahmen deutlich (Übersicht 5). Angesichts des Rückgangs der durchschnittlichen Prämien in der Kfz-Versicherung und der Stagnation in der Schadenversicherung dürfte dies überwiegend auf Mengeneffekte zurückzuführen sein; zusätzlich stieg das Finanzergebnis beträchtlich. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen wegen der Verringerung der Schaden- und Leistungsfälle erstmals seit 2003 unter dem Vorjahresniveau. Da die versicherungstechnischen Rückstellungen nur geringfügig ausgeweitet wurden, verbesserte sich das versicherungstechnische Ergebnis auch in dieser Abteilung merklich von –117 Mrd. € (2009) auf –38 Mrd. € (2010). Nicht in die versicherungstechnische Rechnung übertragene Finanzerträge ermöglichten ein positives EGT und eine Rendite auf das Eigenkapital von 8,8%.

Dank der geringen Zunahme der Schadenfälle verbesserte sich trotz sinkender Durchschnittsprämie das versicherungstechnische Ergebnis.

#### Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			
2006	8.888	967	5.999	40
2007	9.171	880	6.216	35
2008	9.205	584	6.340	1
2009	9.112	697	6.811	11
2010	9.586	828	6.323	21
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2006	+ 1,9	+ 14,1	+ 6,3	– 35,0
2007	+ 3,2	– 9,0	+ 3,6	– 11,4
2008	+ 0,4	– 33,6	+ 2,0	– 96,3
2009	– 1,0	+ 19,2	+ 7,4	+ 747,5
2010	+ 5,2	+ 18,8	– 7,2	+ 87,1

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) war 2010 von den Nachwirkungen der Finanzmarktkrise geprägt. Dem weltweiten Wirtschaftsaufschwung begegnete die EZB noch nicht mit einer Anhebung der Leitzinssätze. Die außergewöhnlich hohe Unsicherheit auf den internationalen Finanzmärkten war Anlass zur weiterhin unbeschränkten Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute und zu konstant niedrigen Leitzinssätzen. Niedrige Erträge auf täglich fälliges Geld und gute Ertragschancen mit anderen Wertpapieren dürften auch die Ursache für die vergleichsweise niedrigen Guthaben der Versicherer bei Kreditinstituten gewesen sein. Die Versicherungsunternehmen bauten in ihrem Portfolio auch Darlehensforderungen und Immobilien ab. Im Gegenzug wurden festverzinsliche Wertpapiere und Anteilswerte aufgestockt sowie die Beteiligungen ausgeweitet.

Die Renditen auf das veranlagte Kapital wurden 2010 in allen drei Versicherungsabteilungen gesteigert, obwohl die Sekundärmarktrendite für österreichische Bundesanleihen mit einem Jahresdurchschnitt von 2,5% ihren bisher niedrigsten Wert erreichte (Übersicht 6). Der Abstand zwischen der Ertragsrate in der Lebensversicherung und der Sekundärmarktrendite stieg 2010 auf 2 Prozentpunkte. Die erfolgreiche Veranlagungspolitik war jedoch weniger von einem Aufschwung der Finanzerträge gekennzeichnet als vom starken Rückgang der Abschreibungen von Kapitalanlagen (–38%) bzw. der Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen (–64%). Offenbar erforderten die besonderen Umstände der Finanzmarktkrise höhere Aufwendungen für die Vermögensverwaltung – diese Position der nicht-versicherungstechnischen Rechnung wurde das zweite Jahr in Folge um jeweils etwa ein Drittel ausgeweitet. Das niedrige Zinsniveau erschwert den Versicherungsunternehmen eine ertragreiche Veranlagung, gleichzeitig macht die hohe Volatilität der Finanzmärkte den Ausbau

#### Rendite auf Veranlagungskapital deutlich verbessert

Im Jahr 2010 betrug der Abstand zwischen der Rendite auf versicherungswirtschaftliche Kapitalanlagen und der Sekundärmarktrendite +2 Prozentpunkte.

von Veranlagungen mit einem höheren Ertragsrisiko unattraktiv. 2011 könnte die wieder aufgeflamnte Staatsschuldenkrise weiteren Abschreibungsbedarf erzeugen.

*Übersicht 6: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen*

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	Rendite in %			
2005	3,0	6,3	4,4	6,9
2006	3,6	5,9	4,2	7,2
2007	4,3	5,2	3,1	6,2
2008	4,1	3,4	2,4	3,6
2009	3,3	3,8	3,1	3,8
2010	2,5	4,5	3,9	3,9

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, WIFO-Berechnungen.

**Literaturhinweise**

Österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA), Jahresbericht der Finanzmarktaufsichtsbehörde 2010, Wien, 2011.

Rothschild, M., Stiglitz, J., "Equilibrium in Competitive Insurance Markets: An Essay on the Economics of Imperfect Information", Quarterly Journal of Economics, 1976, 90, S. 629-650.

Scheiblecker, M., et al., "Österreichs Wirtschaft im Jahr 2010: Deutliche Erholung des Außenhandels", WIFO-Monatsberichte, 2011, 84(4), S. 253-316, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/41606>.

Swiss Re, "World Insurance in 2010", Sigma, 2011, (2).

van Hulle, K., "Solvency II: State of Play and Perspectives", Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, 2011, 100, S. 177-192.

Wührer, Ch., "Österreichs Versicherer – Pioniere auf Osteuropas Versicherungsmärkten", Versicherungsrundschau, 2011, (6), S. 5-7.

*Continued Development of the Private Insurance Economy in Turbulent Times – Summary*

Premium earnings within the Austrian insurance sector experienced the extreme cyclical movements taking place over the past few years only weakly. After stagnating during the crisis-ridden year 2009, premiums displayed growth in 2010 that did not keep up with the expansion of nominal GDP. Accordingly, insurance market penetration in 2010 dropped below the value of the previous year. For 2011, the industry expects a slight decline in premium dynamics. The most recent WIFO surveys are even more pessimistic. Due to increased returns from capital investments, insurance firms accelerated both their actuarial profits and their results from ordinary operations.

In 2010, the development of the Austrian insurance industry diverged significantly from that of Western Europe. While non-life insurance saw a boom in Austria, Western Europe faced weaker demand and strong price competition. At the same time, life insurance experienced an upswing in Western Europe, while exhibiting only marginal growth in Austria. The internationalisation of the Austrian insurance industry advanced quickly in 2010: a total of 36 percent (2009) of the premium intake of Austrian insurance firms originated from abroad. On the respective foreign markets Austrian insurers were able to achieve market shares ranging between 4 percent (Slovenia) and 57 percent (Albania). The domestic market is also characterised by fierce international competition. About half of premiums collected in Austria go to foreign-owned insurance companies. Beyond this, EEA insurers achieved a market share of 5 percent in Austria through freedom of establishment and services.